

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Rentamt zu Tharandt.

für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das
sowie für das Forst-

Verantwortlicher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 55

Freitag den 7. März 1919

78. Jahrg.

Umtlicher Teil.

Brotmarken-Ausgabe.

Für die Zeit vom 17. März bis 8. Juni 1919 sind die Brotmarken von den Gemeindeführern nach den Vorschriften unter 1 a bis d der Bekanntmachung vom 2. Dezember 1918 auszugeben.

Die Selbstversorger erhalten die Brotmarkenbogen für April, Mai und Juni 1919. Die Brotmarken nebst weiteren Unterlagen werden den Gemeindeführern wieder durch die Druckerei Klinitz und Sohn in Weissen zugehen. Einwärtiger Mehrbedarf ist bei der Amtshauptmannschaft anzumelden.

Weissen, am 5. März 1919.

Nr. 430 II E.

Kommunalverband Weissen Stadt und Land.

Bestellungen auf gelbe Speisekohlrüben.

Es wird uns ein Posten gelbe Speisekohlrüben angeboten. Falls genügend Bedarf angemeldet wird, soll das Angebot benutzt werden. Bestellungen von 5 Pfund an bis zu jeder Menge erbitten wir bis mit Montag. Preis das Pfund 10 Pfennige.

Wilsdruff, am 6. März 1919.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Es wird höflichst gebeten, alle Inserate möglichst frühzeitig, spätestens aber bis 11 Uhr vorm. aufzugeben.

Einigungsverhandlungen in Weimar.

„Die Sozialisierung ist da!“

Die Reichsregierung erteilt am Mittwoch durch Anträge und Flugblätter die folgende Rundgebung:

Die Sozialisierung ist da! Das Kohlenfundament wird sofort sozialisiert. Dadurch gewinnt das Reich, d. h. das ganze Volk, noch vor der Sozialisierung der Erden selbst maßgebenden Einfluss auf die gesamte Kohlen- und Schwerindustrie. Die Sozialisierung des Rastberghauses ist in schnellster Vorbereitung. Das allgemeine Sozialisierungsgesetz, das der Nationalversammlung vorgelegt ist, begründet an Stelle der früheren krankhaften Privatwirtschaft die deutsche Gemeinwirtschaft. Das Reich, d. h. wir alle, regeln diese deutsche Gemeinwirtschaft. Das Reich wird dafür sorgen, daß überall nach den Forderungen des Gemeininteresses nirgends im kapitalistischen Privatinteresse gewirtschaftet wird. Und das ist Sozialismus.

Man sage nicht — für jeden, der sich überzeugen lassen will, der nicht auf dem Standpunkt steht, daß die Regierung Ebert, Scheidemann unter allen Umständen beistehen werden muß, weil von ihr, nach allem, was geschehen ist, nichts Gutes mehr erwartet werden darf. Die bürgerliche Gesellschaft wird zwar, nicht mit Unrecht, einwenden, daß das Kohlenfundament schon bisher nichts weniger als nach eigenen Belieben gehalten und waltet konnte, daß der preussische Staat in Gestalt des Bergwerks gerade deswegen Mitglied des Syndikats geworden ist, um die Interessen der Allgemeinheit neben und, wo es nötig war, auch entgegen demjenigen der Schwerindustrie zur Geltung zu bringen und daß er von dieser Möglichkeit in wiederholten Fällen sogar recht ausgiebigen Gebrauch gemacht hat. Auch das kann nicht geleugnet werden, daß darüber hinaus die großen Bergarbeiterverbände gleichfalls geübt auf dem Boden waren und der Allmacht des Unternehmertums je empfindliche Schranken zogen. Indessen, wenn diese Machtverteilung unter den bestellten Preisumschichtungen, statt dem natürlichen Ausgleich der Kräfte überlassen zu bleiben, fernerhin unter Reichsaufsicht gestellt werden soll, so wird dagegen im großen und ganzen wenig einzuwenden sein, da mit einmal der Lauf der Dinge eine andere Lösung der Frage nicht mehr zuläßt.

Worauf geht es freilich, daß das Unternehmertum bei dieser Art von Sozialisierung nicht etwa ganz und gar beiseite geschoben wird. Die Reichsregierung denkt allerdings nicht daran, sich einer solchen Rücksichtigkeit schuldig zu machen. Sie weiß nur zu gut, daß die Arbeiter für sich allein, ganz abgesehen von der Frage des Privateigentums und seiner gesetzlich festgelegten Unantastbarkeit, noch lange nicht in der Lage sind, die Aufgaben der Betriebsleitung in die Hand zu nehmen. Daß die Unternehmer zum mindesten in demselben Grade ein wirtschaftliches Element in unserer Volkswirtschaft sind wie die Arbeiter, daß ihre Sachkenntnis, ihre Arbeitslust und Arbeitskraft, die Kostlosigkeit ihres schaffenden Geistes nur zum ungeringen Schaden des gesamten Volkvermögens ausgeschaltet werden könnten. Auch die ruhigen Teile der gesamten Arbeiterschaft werden diese unentbehrlichen Zusammenhänge eines geordneten Wirtschaftslebens nicht verkennen und bereit sein, daraus bei der neu aufzubauenden Organisation die Folgerungen zu ziehen. Sie haben schon bisher in gemeinschaftlicher Arbeit mit den Unternehmern viel viel Erprobtes geleistet und werden deshalb damit einverstanden sein, daß auch die Arbeiterräte er Zukunft nicht über den Arbeitgeber einfach zur Tagesordnung übergehen. Werden sie sich aber gegen die ewig Unzufriedenen in ihren eigenen Reihen erfolgreich durchsetzen können? Gegen die Unabhängigen, die Spartakisten und Kommunisten, die jede Gemeinschaft mit Bürgerrecht und Kapitalismus verabscheuen wie die Pest, denen auch die Mehrheitssozialisten schon so verhandlungsunfähig sind, daß sie ihnen nur noch einen Platz auf dem Armenländerbänken der Reaktion einräumen? Und werden diese Leute sich dadurch beirren lassen, daß das ganze Volk maßgebenden Einfluß auf die Kohlen- und Schwerindustrie gewinnen, daß

„das Reich, d. h. wir alle“ die deutsche Gemeinwirtschaft regeln soll? Was sie wollen, ist ja gerade die Aufhebung der Gleichberechtigung des ganzen Volkes. Nur das von ihnen als „revolutionäre“ anerkannte Volk soll politische und wirtschaftliche Rechte genießen und damit eine Diktatur über alle anderen Volksklassen ausüben dürfen — gleichviel auf welcher Seite die Mehrheit, auf welcher die Minderheit zu finden ist. Nur wer recht hat, soll entscheiden, und diese Frage entscheiden — natürlich — sie, sie allein, die Kommunisten und Spartakisten. Wir müssen also darauf gefaßt sein, daß mit diesen Kreisen keine Verhandlung zu erzielen ist, auch wenn den jetzt beschlossenen ersten Sozialisierungen weitere folgen werden. Denn was sie wollen, ist Kampf, Kampf bis zum Untergang — des Gegners. Dieser Gegner ist aber die staatliche Ordnung und Wirtschaft, wie wir sie auch nach und nach und trotz der Revolution nicht entbehren können, wenn anders wir ein arbeitsfähiges, ein gesundes, ein zukunftsreiches Volk bleiben wollen.

Daraus folgt, daß für uns die Frage, wer in diesem Kampf unterliegen muß, anders zu beantworten ist als für jene permissivende Minderheit. Für uns und für das Reichsministerium, das diesen neuesten Aufruf an das Volk veranlaßt hat.

Einigungsverhandlungen in Weimar.

Die NSMätze in der Verfassung festgelegt.

Weimar, 5. März.

Die sozialdemokratischen Arbeiterräte Berlin haben am Dienstag bis in die späten Nachstunden mit der Regierung über die Forderungen der Streikenden verhandelt. Es kam zu einer Einigung dahin, daß das System der NSMätze in der Verfassung verankert werden soll.

Die Kommission ist daraufhin nach Berlin zurückgekehrt, um den streikenden Arbeitern die Regierungsvorschläge zu unterbreiten. Dabei ist zu bemerken, daß die Regierung nicht nur wie vor nicht gelassen ist, den NSMätzen politische Rechte zu gewähren. Das Gerücht, daß Ministerpräsident Scheidemann infolge der Verhandlungen von seinem Posten zurücktreten werde, ist ebenso unzutreffend wie das andere, daß die bürgerlichen Kabinettsmitglieder dem Ministerpräsidenten ihre Ämter zur Verfügung gestellt haben.

Die Vorschläge der Regierung.

Neue Gesetze zur Sozialisierung.

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Berliner Kommission ergaben folgende Absichten des Kabinetts:

1. Die Arbeiterräte.

Die Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert.

Ihre Abgrenzung, Wahl und Aufgaben werden durch ein Gesetz zu veranlassendes besonderes Gesetz geregelt. Für die einzelnen Betriebe sind Betriebsarbeiter- und Angestelltenräte zu wählen, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben.

Zur Kontrolle und Regelung der Produktion und Warenverteilung werden für alle Industrie- und Gewerbezweige Arbeitsgemeinschaften gebildet, in denen die Unternehmer und Betriebsleiter, Arbeiter und Angestellten und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen mitwirken.

Für bestimmte territoriale Bezirke werden Bezirks-Arbeitsräte (Arbeitskammern) und für das ganze Reich ein Zentral-Arbeitsrat gebildet. In den Bezirks- und Zentral-Arbeitsräten sollen alle selbst Arbeit Leistenden, auch die Arbeitgeber, freien Berufs usw. vertreten sein. Diese Räte haben bei Sozialisierungsmassnahmen mitzuwirken und sind zur Kontrolle sozialisierter Betriebe und Gewerbezweige heranzuziehen. Sie haben weiter alle wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze zu begutachten und das Recht, selbst solche Gesetze zu beantragen. Die

Reichsregierung wird den Zentralrat vor der Einbringung wirtschaftlicher und sozialer Gesetze hören.

2. Arbeitsrecht.

Ein Gesetz über ein einheitliches, demokratisches Arbeitsrecht mit dem Ziel der Schaffung demokratisch-konstitutioneller Verhältnisse in den Betrieben ist sofort der Nationalversammlung vorzulegen.

3. Sozialisierung.

Der Bericht und die Vorschläge der Sozialisierungskommission werden sofort veröffentlicht.

Die Sozialisierungsgesetze und das Gesetz über die Sozialisierung der Kohlenbetriebsstätte sind von der Reichsregierung und dem Staatenschatzamt bereits angenommen und der Nationalversammlung zur Beschlussfassung unterbreitet worden.

Weitere Sozialisierungsmassnahmen werden unter Zuziehung von Sachverständigen und der Arbeiterräte sofort in Angriff genommen.

4. Militärisches.

Alle nach dem allgemeinen Strafrecht strafbaren Handlungen werden auch bei Militärpersonen den bürgerlichen Gerichten zugewiesen.

Ein dementsprechender Gesetzesentwurf ist von der Reichsregierung bereits vor einer Woche in der Nationalversammlung angekündigt worden und wird mit Beschleunigung fertiggestellt werden.

5. Lebensmittelversorgung.

Die Regierung hat bereits angeordnet, daß die Lebensmittel unter Ausschaltung jedes unnötigen Zwischenhandels durch Vermittlung der Gemeinden an die Konsumenten verteilt werden. An der Verbesserung der Lebensmittelfassung wird dauernd gearbeitet.

Die schwarze Seele.

dt. Berlin, 5. März.

Bisher hatten die Spartakisten und Unabhängigen Sozialdemokraten immer die Schale ihres Hornes über die Häupter Eberts, Scheidemanns und Kosches ausgegossen. Jetzt auf dem Parteitag der Unabhängigen hörte man es anders. Der Berliner Vertreter Barth führte nämlich u. a. aus: Ebert und Scheidemann sind nicht die schlimmsten. Sie handeln nur unter dem Einfluß Landbergers, der die schwarze Seele des Kabinetts und der Republik ist, der die Arbeiter haßt. Auch Kosche (gegen den im übrigen heftige Angriffe gerichtet wurden) sei nur ein Hanswurst in den Händen Landbergers. Bezeichnend für die Stimmung auf dem Kongress waren die stürmischen Zwischenrufe, die Ernst-Haagen hervorrief, als er erklärte, es müsse schärfer betont werden, was die Unabhängigen von den Kommunisten trennt. Von allen Vätern sollte es dem Redner entgegen: „Garnichts!“ Der Parteitag beschloß einstimmig eine Sympathieerklärung für die Streikenden in Berlin und Mitteldeutschland.

Fortgesetzte Plünderungen.

Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Soldatenwehr.

Auf dem Tempelhofer Felde kam es zu einem ersten Zusammenstoß zwischen einem Bataillon Regierungstruppen, das zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Berlin eingerückt ist, und Mitgliedern der republikanischen Soldatenwehr. Als der Transport auf dem Bahnhof Tempelhof hielt, ertönte plötzlich Schiessgewehrfeuer. Ein Posten der Soldatenwehr wurde von dem Transport entworfen. Darauf kam es zu einem regelrechten Feuergefecht. In 10 Minuten hatten die Regierungstruppen die gesamte republikanische Soldatenwehr entworfen.

Ausfahrungen und militärische Maßnahmen.

Nachdem das Freikorps Vögelow aus seinen Standorten nördlich Berlins in die Reichshauptstadt eingerückt ist, glaubt die Regierung, daß eine friedliche Lösung der Krise möglich sein wird. Alle wichtigen öffentlichen Gebäude sind mit starkem militärischen Schutz versehen. In jedem Fall ist die Regierung entschlossen, Unruhen rücksichtslos